

Der Totalitäre begnügt sich nicht damit, daß ihm gehorcht wird, er will seine Untertanen zwingen, ihm innerlich zuzustimmen.

Otto von Habsburg

Europa als politische Aufgabe der Christen

Europa ist gegenwärtig wieder im Gespräch. Nicht nur die einschlägigen Europäer unter den Politikern nehmen sich des Themas verstärkt an. Nicht nur Parteien und Parlamente müssen sich wegen der geplanten Direktwahl zum Europäischen Parlament aufmerksamer, als wir es in den letzten Jahren gewohnt waren, damit beschäftigen. Auch im vopolitischen Raum gewinnt das Thema wieder Gewicht. Man ist durch die politischen Umstände gleichsam gezwungen, sich mit Idee und Wirklichkeit Europas neu auseinanderzusetzen, sei es aus Enttäuschung über die Verschleppung oder gar das Scheitern des bisherigen Einigungsprozesses, an dessen Ende nach Buchstabe und Absicht der Römischen Verträge die Europäische Union, also ein in eigener Staatlichkeit politisch geeintes Europa stehen sollte, sei es auf Grund der Hoffnungen, die im Blick auf eine neue Forcierung des Einigungsprozesses mit der *Direktwahl zum Europäischen Parlament* verbunden sind. In dieser Situation nimmt es nicht wunder, daß auch die Christen und mit ihnen die Kirchen über ihre Rolle und ihre Aufgaben im europäischen Einigungsprozeß befragt werden und daß sie beginnen, sich selber kritisch zu fragen, was denn der spezifische Beitrag der Christen sei, was sie in der Vergangenheit in dieser Beziehung versäumt haben und wo sie selbst neue Impulse geben könnten. Dabei ist klar, daß auch die Kirchen gewissermaßen als institutionalistisches Christentum einbezogen sind. Da aber der europäische Einigungsprozeß „Sache des Kaisers“ (August Vanistendael), also der Politik ist, sind vor allem die Christen als Laien angesprochen.

Die Lage ist schwierig

Jede Europa-Überlegung muß, gerade wenn sie als Beitrag der Christen gilt, vom *tatsächlichen Zustand Europas* und den Voraussetzungen seiner Einigung ausgehen. Daß diese nicht in jeder Hinsicht Erfreuliches anzeigt, ist zur Genüge bekannt. Das gilt auch im Blick auf die Europa-Wahl selbst. Noch ist keineswegs gesichert, ob sie überhaupt stattfindet, ob nicht einzelne Länder vorher noch aussche-

ren und damit die Wahl unmöglich machen oder sie jedenfalls um ihre Wirkung bringen. Was sich im Blick auf das Wahlprojekt in Frankreich und in England abspielt, ist jedenfalls alles eher als ermutigend. Über die politische Bedeutung der Wahl ist man sich durchaus uneinig. Der „Europäer“ *Leo Tindemans* spricht von der Europa-Wahl als einer „letzten Chance“; werde auch diese vertan, sei für Europa bzw. den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses „das Schlimmste zu befürchten“. Andere sehen in den Wahlen bzw. in der Etablierung eines direkt gewählten Europäischen Parlaments kein geeignetes Instrument der Einigung: Es werde nur zusätzliche Enttäuschungen geben, weil die europäischen Staaten von vornherein nicht bereit seien, zusätzliche Kompetenzen und Kontrollrechte zuzugestehen. Wieder andere setzen auf die Eigengesetzlichkeit eines solchen Parlaments und die Wirkungen seiner demokratischen Legitimation, und sie sehen in der Wahl selbst ein hervorragend geeignetes, wenn nicht sogar das einzige Mittel, die Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas, von der sie überzeugt sind, in der Bevölkerung populär zu machen.

Aber auch dagegen gibt es heftige Bedenken. Da sind nicht nur jene Nationalgesinnten in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft, wie der Franzose *Michel Debré*, die jede Verlagerung von politischen und Gesetzgebungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene bzw. in die Gremien der Europäischen Gemeinschaft als nicht hinzunehmenden *Verlust an nationalstaatlicher Souveränität* beklagen. Es verstärken sich auch Einwände wie der, ob denn überstaatliche parlamentarische Instanzen, Kommissionen und Regierungen nicht noch verschärfen würden, worunter die modernen, auf dem Repräsentationsprinzip aufbauenden parlamentarischen Massendemokratien besonders leiden würden: an der mangelnden Bürgernähe der Regierenden und Mandatsträger. Bei den einen scheinen sich hinter diesen Bedenken Zweifel zu verbergen, ob denn dieses Europa als Europa der Neun oder gar als das größere Europa der siebzehn freien westeuropäischen Länder in seiner geschichtlichen, wirtschaft-

lichen, politischen und kulturellen Differenziertheit überhaupt je mehr an Einigung bzw. an Einheit werde zustande bringen können als eine durch die Regierungen organisierte zwischenstaatliche Abstimmung und Kooperation. Sie fragen sich, ob denn eine in einen *europäischen Bundesstaat* mündende Europäische Union nicht von vornherein illusorisch sei. Andere nehmen solche Bedenken ganz offensichtlich zum Anlaß, um auf einer möglichst uneingeschränkten nationalstaatlichen Souveränität zu beharren.

In dieser Situation notdürftig verscheuchter Selbstzweifel an Europa und an seiner Fähigkeit, eine politische Einheit zu werden, muß die Frage: europäische Einheit oder nicht? für Christen außer Diskussion bleiben. Denn eine *politische Union Europas*, wie immer sie geographisch aussehen und politisch strukturiert sein mag, ist nicht nur eine konkrete Absage an obsoletere Nationalismen. Sie ist auch *ein Weg konkreter Friedenssicherung* in einem umschreibbaren Raum, in dem seine Völkerschaften, vor allem auch die Minderheiten unter ihnen, zu einer friedlichen und verlässlichen Ordnung – bei angemessener kultureller Eigenständigkeit – kommen können. Und sie schafft erst einen Faktor globaler Friedenssicherung, der in der nationalstaatlichen Zersplitterung Europas keinen Ausdruck findet, der aber zur Stabilisierung eines friedenssichernden Weltgleichgewichts sowohl in der Ost-West- wie in der Nord-Süd-Spannung unerlässlich ist. Man mag über den Weg dahin streiten. Man wird verschiedener Ansicht darüber sein können, ob europäische Direktwahlen zum jetzigen Zeitpunkt und bei der jetzigen Formation der Neun den politischen Einigungsprozeß fördern oder, wenn sie zu früh kommen, eher behindern, aber das Ziel selbst dürfte unter Christen nicht in Frage gestellt sein. Sollte es anders sein, müßte die Europa-Diskussion unter Christen zunächst an diesem Punkte beginnen. In diesem Sinn ist „Europa“ Christenpflicht.

Ja zum konkreten Europa

Gleichwohl werden gerade unter Christen immer wieder Schwierigkeiten angeführt, wenn es gilt, Europa überhaupt als kulturelles und politisches Gebilde in den Blick zu nehmen. Die Frage: *welches Europa?* offenbart beträchtliche Bewußtseinsstörungen. Da geht es nicht nur um den Grundsatzstreit, ob politische Union oder nicht, ob Europa der Vaterländer oder europäischer Bundesstaat. Es gibt da auch alle möglichen Ausweichstrategien. Dieses westliche Rumpfeuropa könne, so heißt es, gar nicht Ziel der europäischen Einigung sein; Ziel könne nur ein geeintes Europa vom Atlantik bis zum Ural sein, und deswegen habe die *ost-westliche Entspannungspolitik* Vorrang vor der westlichen Einigungspolitik. Und weiter: Europa könne heute nicht mehr für sich betrachtet werden; seine Aufgaben bemessen sich an seiner Leistung für den Aufbau einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. In diesem Sinne müsse es lernen, sich selbst mit den Augen der Dritten und Vierten Welt zu sehen, von dorthier bestimme sich,

wenn schon nicht das Maß der wünschbaren eigenen Einheit, so doch die Rolle Europas in der Weltpolitik.

Nun sind Entspannungspolitik und das Ringen um eine die Dritte- und Vierte-Welt-Länder stärkende oder weniger benachteiligende Weltwirtschaftsordnung zweifellos grundlegende Aufgaben, die sich zwar nicht nur den westeuropäischen Ländern, aber diesen – neben den USA – sicher besonders stellen. Es fragt sich aber, ob denn ein westliches Europa, das *nur* nationalstaatlich handlungsfähig und auf den im Falle von Verzichtleistungen nie besonders ausgeprägten Kooperationswillen der einzelnen Regierungen angewiesen ist, wirklich den optimalen Beitrag zur Entspannungspolitik und zu einer verbesserten Weltwirtschaftsordnung leisten kann. Ob denn ein Europa, dessen Außenpolitik „im State Department gemacht“ und dessen „Sicherheitspolitik im Pentagon bestimmt“ wird (*Günther Gillissen*), ein geeigneter Partner bei der Lösung weltpolitischer Aufgaben ist? Oder ist es nicht ganz und gar umgekehrt, daß Europa diesen Part in einem ihm von seiner Bedeutung zukommenden Maße nur wirklich spielen kann, wenn es zu einer gemeinsamen Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik findet? Was oft auch unter christlichen Gesprächspartnern als nobler Ruf nach europäischer Selbstbescheidung erscheint, erweist sich sehr häufig weniger als Bereitschaft zu mehr weltweiter Verantwortung ohne europäische Selbstgefälligkeit denn als Flucht vor der europäischen Einigung, sei es aus nationalen, sei es aus ideologischen Gründen.

In dieser „*mentalen*“ Situation genügt nicht ein allgemeines Erinnern an Europa und seine Weltaufgaben. Europa kann seinen Beitrag zum Ausgleich der eigenen inneren Gegensätze und Ungleichgewichte und zu einer gerechteren und stabileren Weltordnung nur in dem Maße leisten, indem es selbst politisch zusammenwächst. Das größere Europa wird – wenn überhaupt einmal – nur über das kleine Europa des Westens zu verwirklichen sein. Deswegen ist eine politische Union in Westeuropa kein Gegensatz zum friedlichen Ausgleich mit dem Osten, sondern Voraussetzung dafür. Und sie ist auch Voraussetzung für einen wirkungsvolleren wirtschaftlichen und politischen Ausgleich zwischen Europa und der Dritten Welt. Gerade aus diesem Grunde dürfte den Christen ein Ja nicht nur zum Prinzip europäischer Einigung nicht erspart bleiben dürfen. Das kann nur heißen: ein entschiedenes Ja zum europäischen Weg und zu den konkreten Möglichkeiten der Einigung. Über die konkreten *Schritte* wird man miteinander streiten können.

Ja zu dem Wege heißt aber auch ja zu den *Werten*, die Europa einerseits auf Grund seiner geschichtlichen Entwicklung auf besondere Weise einbringt, die andererseits auch im westlichen Europa besonders gefährdet sind. Ein politisch geeintes Europa kann nur ein Europa der sozialen Partnerschaft sein. Es müssen also die sozialen Konflikte abgebaut werden, damit eine den spätindustriellen Gesellschaften unangemessene Klassenkampfmentalität überwunden werden kann; Europa muß wie die europäischen Staaten *regierbar* sein; es muß die Verfilzung von privatem

Interesse und repräsentativem politischem System im nationalstaatlichen Bereich abgebaut, diese darf nicht auf die europäische Ebene in noch schwerer zu entwirrenden Formen übertragen werden. Die Grundlage seiner Staatlichkeit müssen die *bürgerlichen Freiheitsrechte* als Abwehr wie als Teilhaberrechte sein. Nur so kann die dauernde untergründige Gefährdung durch totalitäre Versuchen, kommen sie von innen oder von außen, abgewendet werden. Es sind gerade diese politischen „Grundwerte“, auf die sich Christen in Europa heute zu verständigen und die sie zu verwirklichen haben.

Die Ideologien abbauen, die Europa spalten

Um auf diesem Wege voranzukommen, wird es notwendig sein, den *ideologischen Gesinnungen* mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die den europäischen Westen beherrschen, die auch Christen mehr und mehr zueinander in Gegensatz bringen und die Idee der europäischen Einigung selbst zu unterspülen oder auszuhöhlen drohen. Auf einen verkürzten Nenner gebracht: die Verfechter *des einen ideologischen Pols* gehen in erster Linie aus von der sozialen Wirklichkeit Europas (genauer ihrer Länder), so wie sie sie sehen: Sie beklagen fortbestehende soziale Gegensätze; die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft des „Kapitals“ auf Kosten der „Lohnabhängigen“. Ihr Ziel ist mehr Gerechtigkeit, *mehr Gleichheit*, die sie auf dem Wege einer „sozialistischen“ Wirtschafts- und Sozialordnung zu erreichen suchen. Ihr „Sozialismus“ ist zwar international ausgerichtet, sofern ihr Kampf um mehr Gleichheit weltweit angelegt ist, aber er ist nicht „europäisch“, d. h., die Einigung Europas hat in sich (ohne grundlegende Veränderung der kritisierten Sozialstrukturen) für seine Anhänger keine eigene Wertigkeit, keinen eigenen politischen Gehalt. Entsprechend haben „Entspannung“, „Frieden“ Vorrang vor der europäischen Einigung.

Die Vertreter *des anderen Pols* denken mit Vorrang an die Stärkung des Eigengewichts Europas; nicht in Gegensatz zur Dritten Welt und auch nicht im Gegensatz zur Ost-West-Entspannung, sondern als Weg gemeinsamer Zukunftssicherung. Die Förderung des wirtschaftlichen Eigenpotentials und des politischen Gewichts Westeuropas in Abwehr des totalitär kommunistisch regierten Ostens steht im Vordergrund. Die Abwehr der *westlichen Kommunismen* als möglicher Vorboten einer Sowjetisierung Europas wird als wichtiges Ziel angesehen. Die sozialen Probleme sind ein wichtiger, aber kein beherrschender Aspekt. Ordnungspolitische und demokratische Freiheitssicherung haben Vorrang. Gesellschaftspolitisch *rangiert die Idee der Freiheit vor der der Gleichheit*. Die Freiheit, die hier Leitidee ist, wird aber weitgehend auch im politischen Sinne geprägt vom System der Marktwirtschaft, die Anhängern sozialistischer Strömungen mehr als Alibi für vorenthaltene Gerechtigkeit

denn als dynamische Rahmenstruktur der freien Entfaltung der Person erscheint. Rasch gerät so die marktwirtschaftlich geprägte Freiheitsidee in einen *globalen Kapitalismusverdacht*, während Marktwirtschaftler die Idee sozialer Befreiung allzu rasch mit kollektivistischen Trends gleichsetzen. Und während die einen darauf vertrauen, soziale Konflikte durch partnerschaftlichen Ausgleich überwinden zu können, setzen die anderen auf den „natürlichen“ Klassengegensatz, der nur durch Klassenkampf, zumindest durch den Abbau des kapitalistischen Systems, überwunden werden kann. Entsprechend gegensätzlich orientiert man sich im Verhältnis zum Kommunismus. Ist für die einen ein vereintes Europa in Freiheit nur in der Gegnerschaft zum Kommunismus in Ost und West zu verwirklichen, so ist für die anderen im Kampf um mehr Gleichheit ein Mitgehen mit den Eurokommunisten, solange wenigstens als sich diese in irgendeiner Weise zur Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform bekennen, durchaus möglich.

Diese Grundstruktur ideologischer Gegensätze spaltet Europa kreuz und quer. Sie bezeichnet nicht nur höchst unterschiedliche Entwicklungen zwischen einzelnen Ländern, sie zieht sich auch *quer durch die christlichen Konfessionen*. Es ist ein zusätzliches Problem, daß diese ideologischen oder mentalen Gegensätze nicht strikte, aber doch schwerpunktmäßig einzelnen Ländern oder Ländergruppen zugeordnet werden müssen. Dabei fällt auf, daß sich gegenwärtig sozialistische und „eurokommunistische“ Ideen in Ländern mit katholischer Tradition stärker durchsetzen – cum grano salis genommen natürlich – als in gemischtkonfessionellen Ländern Zentraleuropas und im protestantischen Norden. Das muß nicht gleich mit Konfession zu tun haben, sondern mag einfach Ausdruck dafür sein, daß die wirtschaftlich-soziale Entwicklung teilweise phasenverschoben eben sehr unterschiedlich verlaufen ist und noch verläuft. Es ist aber für das Gespräch über Europa *im kirchlichen Raum selbst* unbedingt notwendig, sich diese Gegensätze vor Augen zu halten. Auch europäische Nachbarn gleicher Konfession senden politisch auf recht verschiedenen Wellenlängen. In romanischen Ländern ist nun einmal die Überzeugung stärker verbreitet, daß sich das Gebot christlicher Nächstenliebe durchaus im Sozialismus erfüllen kann und daß Kommunisten, wenn schon keine Christen, so doch durchaus passable Humanisten sind, mit denen man der größeren Gerechtigkeit wegen durchaus auch politisch-ideologisch zusammenarbeiten kann. Wer das nicht beachtet, muß von vornherein damit rechnen, mißverstanden oder gar nicht verstanden zu werden. Wer in der richtigen Grunderkenntnis, daß die Erhaltung und Weiterentwicklung einer freien Gesellschaftsordnung die Hauptaufgabe des westlichen Europa und insofern auch der Grundauftrag seiner Einigung ist, mit politisch versimpelten Schlagworten wie „Freiheit statt Sozialismus“ wörtlich oder sinngemäß auf den Katholiken oder Protestanten in Frankreich, in Holland oder wo immer zugeht, der wird nur heftiges Kopfschütteln oder offene Ablehnung erfahren.

Auf der anderen Seite können wir uns gerade als Christen und kirchlich nicht damit begnügen, solche Gegensätzlichkeiten bloß zur Kenntnis zu nehmen. Wenn wir in Europa zusammenkommen wollen, werden wir gerade solche Gegensätze in offener Begegnung austauschen und aufarbeiten müssen. Dieses Aufarbeiten ist um so dringlicher, als sich gerade unter Christen in Europa ein häufig beobachtetes Phänomen ausbreitet. Gemeint ist ein verbreiteter, ins Ideologisch-Politische übertragener *sozial-ethischer Fundamentalismus*. Man meint, biblische Leitideen und Grundgebote, ob es sich um die „Freiheit des Christenmenschen“ oder das Gebot der Nächstenliebe handelt, ohne jedes Dazwischenschalten von anthropologischen Filtern und gesellschaftlichen Strukturgesetzmäßigkeiten in politische Ideen umsetzen zu können. Man wird damit unvorsichtig und unfreiwillig zum selbstverschuldeten Opfer ideologischer Trends. Indessen wird die Zukunft der Christen in Europa nicht zuletzt davon abhängen, ob es ihnen gelingt, ideologische Trends aufzufangen und durch das eigene Menschenbild ihnen gegenüber eine geistig-ethische Führung als Wegweisung durch Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wieder zurückzugewinnen. Nicht ideologisches Mitläufertum auf der einen oder anderen Seite, sondern Auflösung ideologischer Gegensätze im offenen Gespräch und die Reduzierung des ideologischen Überbaus auf die *Sachprobleme* müßte das Ziel der Begegnung zwischen den Christen in Europa sein. Sie würden damit einen wesentlichen Beitrag zu einer geistig-ideellen Integration leisten und zugleich „spezifisch Christliches“ in einer zeitgemäßen politisch-kulturellen Form sichtbar machen. Gerade eine offene Diskussion über vorher genannte *Grundwerte staatlicher Ordnung* (Freiheitlichkeit, Sozialität, Regierbarkeit) könnte das Gespräch unter europäischen Christen aus ihrer ideologischen Verkrampfung heraus und zu mehr politischer Gemeinsamkeit führen. Doch tun sich gerade Katholiken immer noch schwer mit staatlich-politischen Ordnungsfragen. So beachtenswert ihr Beitrag im Feld der sozialen Auseinandersetzung ist, für diese Frage fehlte die Nähe zum demokratischen Staat und das *Bewußtsein für die Pflichten*, die er abverlangt.

Das Vorfeld vorbereiten

Wer von Europa spricht, darf schließlich seine Geschichte nicht übersehen. Wir stellen Europa und die Schwierigkeiten seiner Einigung vielfach so dar, als ob wir es hier und jetzt aus dem Boden stampfen könnten oder müßten. Indessen ist Europa ja nicht erst von heute, sondern eine geschichtliche Größe, die als Teilbereich oder als Gesamtheit in immer wieder neuen Formen gewachsen und sich wieder in alte zurückgebildet hat. Schon *deswegen wäre es falsch*, die europäische Einheit nur unter dem Aspekt seiner Staatlichkeit zu sehen. Europa war eine *kulturell-geistige Einheit* auch in Zeiten seiner größten politischen und staatlichen Zerspaltenheit. Ja sein eigentliches geschichtliches Wesen besteht gerade in dieser Einheit, denn

politisch geordnet und geeint wurde es eigentlich immer nur „durch einzelne Potentaten oder Imperien“ (Maurice Le Lannou) oder in seinen Teilgebieten durch die Heiratspolitik von Fürsten und Königen. Diese Einheit war aber nie etwas anderes als seine geographisch bedingte und durch Ideenreichtum ausgezeichnete Vielfalt. Auch künftig wird deshalb europäische Einheit nur möglich sein in der Vielfalt seiner Völker, seiner Ideen, seiner Kulturlandschaften und auch seiner regionalen Eigenwilligkeiten. Über diese Grundlage kann keine europäische Einigungsbewegung und keine Einigungspolitik hinwegsehen.

Vielfalt heißt gegenwärtig aber auch Eigenmächtigkeiten, Gegensätze, Rivalitäten, Nebeneinanderherleben, heißt in Europa weiterhin wohl auch: einander geben und nehmen, ohne einander richtig zur Kenntnis zu nehmen. Europa, so wie es gewachsen ist und in 1000 Metamorphosen sich erhalten hat, heißt auch Ablehnung, Pflege von Vorurteilen trotz intimer kultureller Verwandtschaft oder – je nachdem – Bewunderung auch aus Unkenntnis.

Dies ist trotz aller Völkerverständigung auch in den letzten 30 Jahren nicht viel anders geworden. Unkenntnis, Überheblichkeit, ja Haß gegenüber dem Fremden, der geschichtlich und kulturell gar kein Fremder, sondern nur ein anders veranlagter naher Verwandter ist, findet man in allen europäischen Ländern, ob sich der Franzose über den Deutschen, der Deutsche über den Engländer, der Russe über den Polen oder der Schweizer über den Italiener äußert.

Wie schlecht europäische Nationen, selbst die benachbartesten unter ihnen, voneinander unterrichtet sind, erfahren wir nicht nur im Gespräch mit Mitbürgern über fremde Länder, sondern besonders eindrücklich aus der täglichen Zeitungslektüre, obwohl nun gerade die Presse, wenn schon nicht der Versöhnung von Gegensätzen, so doch der Kommunikation durch Information dienen sollte. Dabei ist neben nationalen Vorurteilen *ideologische Fixiertheit* ein Hauptgrund für die herrschende Desinformation. Jedenfalls: Wer gegenwärtig seine Informationen über Italien aus der deutschen Presse bezieht, wird über dieses Land nicht klug werden. Wenn der Franzose sich das Deutschlandbild nach der Berichterstattung „seiner“ Zeitungen bildet, wird Deutschland als Franzose kaum verstehen lernen. Bundespräsident Scheel hatte schon recht, wenn er jüngst in Mainz in Anwesenheit des französischen Staatspräsidenten sagte, es sei „erschreckend, wie wenig wir voneinander wissen“. Wenig voneinander wissen führt aber unvermeidlich zur Verfestigung von Vorurteilen. Ein Europa aber, das die *Vorurteile seiner Völker* gegeneinander nicht aufzuarbeiten und die kulturelle Vielfalt nicht in ein produktives Füreinander umzumünzen versteht, wird nie zu einer fruchtbaren und stabilen Einheit finden, ob mit oder ohne Wirtschafts- und Währungsunion, ob mit oder ohne direkt gewähltes europäisches Parlament, ob als Europa der Neun oder auch als Europa der Siebzehn, von einem nach Jahrzehnten vielleicht doch einmal möglichen Zusammenwachsen zwischen Ost und West ganz abgesehen.

Christen gleich welcher Konfession haben auf je verschie-

dene Weise im Verlauf der neueren europäischen Geschichte alle möglichen Formen von engstirnigem Nationalismus mitgemacht. Ohne mich jetzt selbst dem Vorwurf aussetzen zu wollen, den falschen Griff in die Bibel zu tun: Es gibt angesichts des christlichen Universalitätsanspruches nichts Widersinnigeres als Fremdenverachtung oder Nationalismus. Wenn im Galaterbrief (3,28) steht: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, Sklaven und Freie, Mann und Frau. Denn ihr alle seid eins in Christus Jesus“, dann wird man unschwer daraus ableiten können, was den Christen vor allem im Vorfeld europäischer

Einigung aufgetragen ist: der Abbau von Vorurteilen und der Aufbau von Verständigung. Erst wenn sich die nationalen Vorurteile nicht mehr überall mit den ideologisch bedingten Gegensätzen vermischen, wird sich ein Weg finden, auch diese letzteren auf ein erträgliches Maß zurückzustutzen. Man sieht: Es ist nicht sonderlich schwierig mit dem „spezifisch Christlichen“ im europäischen Einigungsprozeß. Auch wenn es sich bei dem spezifisch Christlichen „nur“ oder zugleich auch um das grundlegend Menschliche in der Völkerverständigung handelt.

D. A. Seeber

Vorgänge

Vorgänge und Entwicklungen im Vatikan

Die Kirche befindet sich gegenwärtig in der Spätphase eines Pontifikats. NCNS sprach noch Ende Mai (25. 5.) in einem Bericht aus Rom von einer „Atmosphäre der Lethargie“ im Vatikan. Paul VI., eben dieser Tage seit 14 Jahren im Amt, vollendet im September sein 80. Lebensjahr. Der Papst ist nicht durch Krankheit behindert, doch kommen die Beschwerden des Alters zu den ohnehin übergroßen Lasten eines Amtes, von dem Kardinal König vor einiger Zeit einmal sagte, es stelle heute so hohe Anforderungen und sei so unmöglich auszufüllen, daß man einen Nachfolger werde „in das Amt prügeln müssen“ (vgl. Lutherische Monatshefte, Dezember 1976, S. 695). Der Papst tritt nicht zurück, wengleich bekannt ist, daß er sich mit dieser Möglichkeit bereits vor Jahren und nicht nur theoretisch befaßt hat und Gerüchte darüber immer wieder auftauchen. Sosehr Paul VI. dem persönlichen Temperament und der seelischen Einstellung nach zu einem solchen Schritt neigen mag, ein Rücktritt würde sich sehr hart an den Widerständen seines hohen Amtsverständnisses reiben. Grundlegende Veränderungen, gar einschneidende Umstellungen im Vatikan selbst, in der eigenen Umgebung, möchte in einer solchen Phase wohl niemand erwarten.

Ein unerwartetes Konsistorium

Um so mehr zeigte sich alle Welt vom jüngsten Konsistorium und den parallel dazu verfügten Umbesetzungen an der Kurie überrascht (vgl. Osservatore Romano, 2. u. 3. 6. 77). Niemand hatte zum jetzigen Zeitpunkt mit einem Konsistorium gerechnet, zumal außer München kaum Diözesen mit Vakanzen zu verzeichnen waren, die traditionell Kardinalssitz sind. Das letzte Konsistorium liegt erst ein Jahr zurück (vgl. HK, Juni 1976, S. 322). Mit insgesamt 132 Kardinälen, davon 115 unter 80 Jahren und damit papstwahlberechtigt, blieb das Kardinalskollegium überdies seinem Höchststand zumindest nahe. So wurde das Konsistorium vom 27. Juni, gemessen an der Zahl der ernannten Kardinäle, denn auch zu einem der „kleinsten“ seit Menschengedenken. Erzbischof Joseph Ratzinger (50), der seine Ernennung zum Kardinal bereits fünf Tage nach seiner Bischofsweihe erhielt, war der einzige Residentialbischof unter den Neukreierten. (Der bereits im Konsistorium vom 24. Mai 1976 „in pectore“ kreierte Bischof František Tomásek (78) ist nicht Erzbischof, sondern nur Administrator seiner Diözese.) Mit der Ernennung des Dominikanerpaters und

Päpstlichen Haustheologen Luigi Ciappi (68) folgte Paul VI. einem unter seinem Pontifikat bereits Tradition gewordenen Brauch, jeweils einem um das Papstamt verdienten oder ihm persönlich nahestehenden älteren Theologen die Kardinalswürde zu verleihen. Der Afrikaner Bernardin Gantin (55), ehemals Erzbischof von Cotonou (Benin), mehrere Jahre Sekretär der Missionskongregation, seit 1976 Pro-Präsident der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, ist unter den neuernannten der einzige Inhaber eines Kurienamtes, der auch an der Kurie bleibt. Er wird – übrigens als einziger Afrikaner an der Spitze eines römischen Dikasteriums – diese Kommission künftig als Präsident leiten.

Aus dem Rahmen gefallen ist indessen die Verleihung der Kardinalswürde an den 56jährigen Substituten im Päpstlichen Staatssekretariat, Erzbischof Giovanni Benelli, der am gleichen Tag zum Erzbischof von Florenz ernannt wurde. Mit dieser Ernennung wurde zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechnet, obwohl Benelli schon lange als möglicher Nachfolger für eine der großen italienischen Diözesen im Gespräch war. Überrascht hat die Eile, in der Florenz neu besetzt wurde. Turin ist seit Jahresende praktisch vakant, d. h. Kardinal Pellegrino hat vorzeitig demissioniert; die Demission ist angenommen, aber noch nicht vollzogen,